11 Bnk., 589 Bnkj.-Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 3,75. — Inserate Wochentags bis 12 Mitt., Sonntags bis 12 Mitt. In Neustadt: Dr. Kiesberg, 5 nur an Wochentagen bis 1 Uhr. Redaktion. Die 1spaltige Petitzeile 8 Silben 15 Pfg. Unter Eingesandt Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Insertions-Aufträge gegen Pränumerandozahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme 8 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag aber nach Feiertagen Mittwochs 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureau von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube u. Co., Invalidendank, G. Müller-Berlin, M. Sieh-Magdeburg, A. Barck-Halle, S. Krabi-Berlin W., R. Steinert-Hainberg, Plotzin-Leipzig. Für Rückgabe einzel. Manuskripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Täglich Eingang von Neuheiten geschmackvoller **Bijouterien** als: Brochen, Ohrringe, Kreuze, Medaillons, Collier, Armbänder, Hut-Agraffen, Einstecknadeln, Haarpfeile, Uhrketten, Manschettenknöpfe etc. Specialität: Schmuckgegenstände aus echtem Jett. **J. Bargou Söhne,** Dresden, Wilsdrufferstrasse 21b. u. Sophienstrasse 6 am Postplatz.

Prof. Dr. Jäger's **Normal-Artikel** empfiehlt **Oso. Lehmann,** Schloßstraße Nr. 21.

Geschäfts- und Contobücher, eigenes Fabrikat, als: Hauptbücher, Strazzen, Cassabücher, Memoriale, Facturenbücher, Beilbücher, Copirbücher und Wechselcopirbücher. Wir verwenden für Contobücher die besten Patentpapiere und garantiren für solide Einbände. Ausführliche illustrirte Preislisten werden gratis abgegeben und nach auswärts franko versandt. **J. Bargou Söhne.** Dresden, Wilsdrufferstr. 21b. u. Sophienstr. 6 am Postplatz.

Jeder Dame dürfte der Besuch des einzigen Neustädter Special-Geschäfts für Damen- und Kindermäntel von **Richard Ulbricht** höchst lohnend sein.

Grabdenkmäler aus dunklem Syenit, Marmor, Serpentin, Granit und Sandstein in reicher Auswahl empfiehlt **Hermann Stein,** Blasewitzerstrasse 1a. Filiale: am alten Neustädter Friedhof. Geschäft gegründet 1829.

Nr. 108. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 18. April: Mäßiger Ostwind. Theils heiter, theils nebelig. Trocken. Temperatur wenig verändert.

Dresden, 1885. **Sonnabend, 18. April.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Der Ablehnung einer Ergänzung des Reichsbeamtengesetzes werden die Reichsbeamten selbst keine Thräne nachweinen. Der Reichstag wollte Nichts zu schaffen haben mit einer Bestimmung, wonach auch solche Reichsbeamte, die vor ihrer Anstellung im Reichsdienste sich eines Vergehens schuldig gemacht haben, einer Disziplinar-Untersuchung unterworfen werden sollen. Eine solche Bestimmung ist an sich nicht gerade unzweckmäßig, aber sie öffnet dem Mißbrauch Thor und Thür und kann zu einer furchtbaren Waffe gegen Beamte werden, die sich im Dienste tadellos führen, denen aber ein persönlicher Feind irgend ein unliebsames Vorkommniß in ihrem früheren Leben aufstöbert. An Denunciationen und Gehässigkeiten würde es nicht mangeln. Mag sich doch die Reichsregierung genau über den Lebenslauf und Charakter der Personen unterrichten, die sie im Reichsdienst anstellen will! Eine solche peinliche Strenge gegen die Reichsbeamten ist, nachdem der Fall Schweninger kaum zur Ruhe gekommen ist, höchst auffällig. Wer es fertig bringt, den Schweninger in das preußische Professorenkollegium hineinzustopfen, sollte nicht so zimperlich sein gegenüber kleinen Vergehen, die spätere Reichsbeamte in ihrem Vorleben sich vielleicht haben zu Schulden kommen lassen. Wie gesagt, die Reichsbeamten werden nicht trauern, daß der Reichstag den Versuch, auch über ihr Vorleben Conduitenlisten einzuführen, kurz abgewiesen hat. Mit Dank werden sie hingegen einen soeben eingebrachten Gesetzentwurf begrüßen, der (Näheres s. Tgsgesch.) bezweckt, für sie und ihre Hinterbliebenen, wenn sie im Dienste verunglücken, besser Sorge zu tragen. Die Unfallversicherung soll bekanntlich auf die Transportgewerbe ausgedehnt werden; sie käme da nur den ohne Pension angestellten Eisenbahn- und Postbeamten zu Gute — wo aber bleiben die anderen Reichsbeamten? Diesen wendet nun der Gesetzentwurf ebenfalls die Wohlthaten der Unfallversicherung zu. Die mit festem Gehalte und Pensionsberechtigung angestellten Reichsbeamten sind im Falle einer Verunglückung gegenüber den unter das Unfallversicherungsgesetz fallenden Personen insofern schlechter gestellt, als die gesetzlichen Pensionen, Wittwen- und Waisengelder, die im Reichs-, Staats- und Gemeindedienst bezahlt werden, im Allgemeinen niedriger sind, als die im Unfallversicherungsgesetze vorgesehenen Beträge. Der neue Vorschlag schafft diese ungleichmäßige Behandlung aus der Welt. Was die Ausführung dieses Gesetzes dem Reiche kosten wird, läßt sich noch nicht im Voraus feststellen. Diese Kosten können aber gar nicht in Frage kommen. Das Reich als Dienstherr darf sich überhaupt nicht der Aufgabe entziehen, eine ausreichende Fürsorge für seine in seinem Dienste verunglückenden Beamten zu treffen, nachdem es für Arbeiter und Privatbeamten Anderen eine solche Fürsorge vorgeschrieben hat. Die Folge wird sein, daß auch die einzelnen Bundesstaaten ihre Beamtengesetze nach dem Muster des Reichsvorschlages ergänzen. Es dürfte dies eine Aufgabe des nächsten sächsischen Landtages sein. Unsere humane Staatsregierung wird sich gewiß in dem Punkte der Fürsorge für die sächsischen Staatsbeamten nicht vom Reiche ausstechen lassen.

Dem Bundesrathe ist jetzt der vom Reichskanzler mit Rußland abgeschlossene Auslieferungsvertrag vorgelegt worden, der im Wesentlichen eine Erweiterung des früheren preußisch-russischen Abkommens ist. Während letzterer aber in Kraft getreten ist, ohne daß es dazu der Genehmigung des preußischen Landtages bedurft hätte, ist für die Giltigkeit des deutsch-russischen Auslieferungsvertrages die Zustimmung einerseits erst des Bundesrathes, dann des Reichstages erforderlich. Scheiterte derselbe nicht im Bundesrathe, so erwartet ihn dieses Schicksal um so sicherer im Reichstage. Der Vertrag ist ganz ausschließlich zum Vortheile Rußlands gearbeitet und verlangt von Deutschland im Wesentlichen nur Schergendienste. Es versteht sich von selbst, daß Deutschland keinen Russen schützen darf, der wegen Kaisermords, wegen versuchter oder vorbereiteter Attentate verfolgt wird; aber wenn ein Russe wegen Beleidigung eines Mitgliedes der russischen Kaiserfamilie oder wegen irgend welches vermeintlichen oder wirklichen kleinen Vergehens sich auf deutschen Boden rettet, so sollen unsere Behörden nicht verpflichtet sein, ihn der Knute auszuliefern. Nicht alle Mitglieder des Hauses Romanow führen einen so sittenreinen Lebenswandel, wie das jetzige Kaiserpaar — man kennt die oft unwürdigen Abenteuer einzelner lockerer Großfürsten, die ihre Verbannung zur Folge gehabt haben. Und nun soll ein Russe, der daheim einmal das Kind beim rechten Namen genannt hat, von uns wegen Beleidigung der Kaiserfamilie an die Grenze gebracht und den Kosaken übergeben werden? Auch glaubenstreue katholische Priester aus Polen und lutherische Geistliche aus den Ostseeprovinzen, die sich der gewaltsamen Proselytenmacherei der griechisch-orthodoxen Kirche widersetzt und damit den Zorn von Popen, Erzpriestern und Generälen herausgefordert haben, sollen in Deutschland einen sicheren Rettungsort finden und nicht befürchten, durch deutsche Behörden der Willkür russischer Verwaltung ausgeliefert zu werden. Der deutsche Reichstag wird diese Zumuthung Rußlands zurückweisen, denn er ist nicht „der Bien', der muß." Offenbar soll der Auslieferungsvertrag eine deutsche Gefälligkeit gegen Rußland darstellen. Aber Deutschland hat mit solchen Gefälligkeiten gegen seinen Nachbar doch recht üble Erfahrungen gemacht. Jeder deutsche Kapitalist, der russische Papiere gekauft hat, wird das verstehen. Wie viele Millionen mögen jetzt deutsche Staatsbürger an russischen Fonds verloren haben! Der große Kurssturz aller russischen Werthpapiere wird, selbst wenn es nicht zum Kriege kommt, nicht blos der Börse, sondern den Kapitalbesitzern Deutschlands noch lange in den Gliedern liegen. Nun kann man zwar sagen: es geschieht Euch schon recht, warum kauft Ihr russische Papiere! Aber Alles mit Unterschied. Bei der letzten großen russischen Anleihe, die 5ier, hatte ein preußisches Staatsinstitut, die Seehandlung, Hebammendienste verrichtet. In den verlockendsten Tonarten wurde gerade für diese Anleihe Reklame gemacht und die Königl. preußische Seehandlung ließ es ruhig geschehen und hatte kein Wort der Abwehr dagegen, daß das Publikum zur Zeichnung auf diese Anleihe ausdrücklich mit dem Hinweise aufgefordert wurde, daß es gerade dieses preußische Staatsinstitut sei, welches die Anleihe auf den Markt bringe. Darin bestehe, so hieß es, der große Vorzug derselben, ihre Solidität. Die Königl. Seehandlung hat dazu beigetragen, daß Millionen deutschen Kapitals, die im Vaterlande recht wohl nutzbringende Verwendung hätten finden können, einem auswärtigen Staate anvertraut wurden, der damals schon sich mit seinen kriegerischen Plänen getragen hat. Wenn Rothschild, Mendelssohn und ähnliche Börsianer mit ihren Emissionen das Publikum ködern, so weiß dasselbe allein schon, was die Glocke geschlagen hat; aber daß die kgl. preuß. Seehandlung aus Gefälligkeit gegen Rußland stillschwieg, als ihr Name zu einer für das Publikum so verlustreichen Finanzoperation benutzt wurde, das macht vielen Leuten solche Kopfschmerzen, daß selbst Prof. Dr. Jäger dafür keine Haardustpillen vorräthig haben wird.

Der einmal begonnene halb diplomatische, halb militärische Feldzug wegen Afghanistan schleppt sich schwankend und unentschieden weiter. Anscheinend beseitigt folgende Depesche des russischen Kanzlers v. Giers jede Kriegsgefahr: „Ich bin vom Kaiser beauftragt, zur Kenntniß der Regierung der Königin von England zu bringen, daß der Kaiser einen Krieg als beklagenswerth für beide Länder ansehen werde. Der Kaiser hege die feste Hoffnung, es werde sich schnell und leicht ein Arrangement herstellen lassen. Der russische Gesandte in England, Herr v. Staal, telegraphirte zurück: Das britische Kabinet habe die Mittheilung des Ministers gut aufgenommen. Man dürfe auf eine friedliche Lösung hoffen." Mit diesen friedlichen Versicherungen steht schlecht im Einklange, was auf dem streitigen Terrain selbst vorgeht. Der russische General v. Komarow, der vor wenig Tagen meldete, die Oase Penschdeh sei gar nicht von ihm besetzt, meldet jetzt, er habe eine „provisorische Regierung" daselbst organisirt. Eine solche kann sich nun ohne militärische Unterstützung nicht 24 Stunden halten; die Russen sind also in Penschdeh eingerückt und sie werden es nimmermehr herausgeben. In Afghanistan ist nämlich, wahrscheinlich von den Russen angelacht, ein Aufstand gegen den Emir ausgebrochen (s. Tgsgsch.). Während die Diplomaten in London und Petersburg unterhandeln und die Zeitungsschreiber sich die Finger wund schreiben, ob Krieg oder Frieden? geht in Afghanistan die Entscheidung vor sich. Wenn England in die Abtretung Pendschdehs willigt, so hat Rußland allerdings keinen Grund, die Sache weiter zu treiben und wir können in der nächsten Woche den schönsten Frieden erleben. Er ist dann erkauft durch die weltesiegende Demüthigung Englands.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 17. April.

Berlin. Reichstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Abg. Hasenclever im Auftrage Bebel's mit, daß die staatsanwaltschaftliche Untersuchung den Kommissionsrath zwar des Betruges nicht für schuldig gefunden habe, daß aber die Thatsache einer Schädigung der Eppner'schen Arbeiter bestehen bleibe. Dieselben seien um den Betrag von 1060 M. geschädigt worden und dieser Betrag sei ihnen erst ausgezahlt worden, nachdem die Sache öffentlich zur Sprache gekommen. Dann wird die zweite Berathung der Zolltarifnovelle fortgesetzt. Die Regierungsvorlage fordert eine Erhöhung des Branntweinzolles von 48 auf 80 M. Abg. Lucius (Centrum) beantragt einen Zoll von 60 M. Abg. Dr. Witte (deutsch-freis.) ist gegen eine Erhöhung des Branntweinzolls so lange die Branntweinsteuer nicht neu geregelt sei. Bundeskommissar Geheimrath Pochhammer legt dar, daß es sich hier vornehmlich um eine Besteuerung des Arak und Rognak handele, also um Luxusartikel. Abg. Brömel (deutsch-freis.) gegen die Zollerhöhung. Der Genuß von Grog sei für die Seeküsten kein Luxus. Durch die beantragten Zollerhöhungen, würden die Seeküsten besonders schwer getroffen. — Der Branntweinzoll wird darauf nach der Regierungsvorlage in Höhe von 80 M. angenommen. — Für Butter beantragt die freie wirthschaftliche Vereinigung folgende Zollsätze: Butter 100 Kilogr. 20 M., künstliche Butter 30 M. Abg. Schellberg (Centrum) befürwortet diesen Antrag und greift die „Butterschmierer" an. Dieselben betrügen das Publikum und drücken die Preise herab, die seit Jahrzehnten nicht so niedrig als jetzt sind. Abg. Wissering befürwortet die Erhöhung des Ubermargarinenzolls von 2 auf 20 Mk. Abg. Richter bestreitet den Rückgang der Butterpreise auf Grund amtlicher Berichte. Nicht die ausländische Kunstbutter mache der Naturbutter Konkurrenz, sondern die inländische Kunstbutter, deren Fabrikation durch Zollpolitik erst groß gezogen worden sei. Kunstbutter werde als solche verkauft. Niemand werde betrogen, sie bilde die einzige Fettnahrung der Arbeiter, denen durch den Schmalzzoll das amerikanische Schmalz vertheuert werde. Bundeskommissar Schraut ist gegen den Antrag, durch den nicht erreicht werde, was die Antragsteller beabsichtigen. Günther-Sachsen konstatirt den Richter'schen Auslassungen gegenüber, daß sich die Linke den Lebensfragen der Landwirthschaft gegenüber stets gleichgiltig verhalte. Abg. Scheicha zieht den Antrag zurück. v. Helldorf kündigt die Einbringung eines neuen Antrages in dritter Lesung an, der den technischen Bedenken Rechnung tragen soll. Der Antrag auf Wild und Geflügel einen Zoll von 20 Mk. zu legen, wird nach Befürwortung desselben durch Günther-Sachsen und Dr. Frege mit 102 gegen 99 Stimmen angenommen. Die Erhöhung des Honigzolls von 3 auf 20 Mk. wird von Dr. Braun, Meyer-Halle und Schrader bekämpft, schließlich aber angenommen. Morgen Weiterberathung.

Berlin. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschloß die Wahl des Abg. Ebert (kons.) zu beanstanden, die des Abg. Merbach (Reichspartei) dagegen für giltig zu erklären. — Die Reichstagskommission zur Vorberathung des von dem Abg. Lenzmann eingebrachten von demselben zurückgezogenen und vom Abg. Kayser wieder aufgenommenen Gesetzentwurfs, betreffend die Entschädigung für Verurtheilte und im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochene Personen, hat den Abg. Klemm (kons.) zum Vorsitzenden, Abg. Dr. Rossel (Centrum) zu dessen Stellvertreter und die Abgg. Rheinbaben und Spahn zu Schriftführern gewählt. Der Adoptivvater des Antrags, Kayser, gehört der Kommission ebenfalls an, desgl. von sächs. Abgeordneten noch Abg. Dr. Hartmann. — Die Gewerbekommission des Reichstags nahm heute auf Antrag der Abgg. Ackermann und Geyer folgende veränderte Fassung für den Paragraph 100e der Gewerbeordnung an: „Wenn in dem Bezirk, für welchen sich eine Innung gebildet hat, derselben mehr als die Hälfte der Arbeitgeber der in ihr vertretenen Gewerbe angehört, so hat die höhere Verwaltungsbehörde auf diesfallsigen Antrag zu bestimmen: (folgen die bekannten Bestimmungen der Vorlage, welche das Halten von Lehrlingen zum Privilegium der Innungsmeister machen). Einer Innung, deren Thätigkeit auf dem Gebiete des Lehrlingswesens sich bewährt hat, kann, obschon ihr mehr als die Hälfte der Arbeitgeber der in ihr vertretenen Gewerbe nicht angehört, die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Aufsichtsbehörde die unter 1—3 gedachten Rechte verleihen. Die infolge weit getroffenen Bestimmungen sind widerruflich." Vom Abg. Günther-Sachsen lag folgender Antrag vor: „Für den Bezirk einer Innung, welcher mehr als die Hälfte der Arbeitgeber der in ihnen vertretenen Gewerbe beigetreten ist oder deren Thätigkeit auf dem Gebiete des Lehrlingswesens sich bewährt hat, kann durch die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Aufsichtsbehörde bestimmt werden: 1) daß ꝛc.; 2) daß ꝛc.; 3) daß ꝛc.; 4) daß und in wie weit Alle, welche in dem Bezirk der Innung, das in derselben vertretene Gewerbe selbstständig betreiben, sowie ihre Gesellen, dafern die Arbeitgeber zu den § 100e Nr. 1 gedachten gehören den für die Innung nach § 97 und 97a mit Ausnahme Nr. 4 getroffenen Einrichtungen beizutreten und zu den diesfallsigen Kosten in gleicher Weise beizutragen verpflichtet, gleichzeitig aber auch an deren Benutzung gleichmäßig zu betheiligen sind. Dieser Antrag fiel mit der Annahme des Ackermann'schen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Berathung den Antrag auf Fortsetzung des Bielefelder Belagerungszustandes definitiv an und beschloß die diesbezügliche Denkschrift über denselben für genügend zu erachten.

Wien. Graf Bandi, Neffe und Erbe Chambords, verließ vorige Woche mit dem Maler Rossi und mehreren Freunden auf einem Lagunenkahne Venedig, um Triest zu erreichen. Seitdem ist der Kahn mit den Insassen verschwunden. Man ist in Sorge, daß die Reisenden verunglückt sind.

Paris. Die neuen Kämpfe vom Cap beunruhigen. Die Regierung organisirt eifrig eine dritte Tonkingdivision und fordert Reserveoffiziere auf, sich freiwillig zum Dienste in derselben zu melden. — Großes Aufsehen erregt der Raubmord, begangen in der Rue de Seza, 2 Schritte von der Madeleinekirche, an einer 60jährigen Dame. Der Mörder, der wahrscheinlich ihr Diener ist, ist noch nicht festgenommen.

Paris. In dem neuen Ministerium sind bereits Veränderungen vor sich gegangen. Der bisherige Minister der öffentlichen Bauten, Sadi Carnot, wurde zum Finanzminister ernannt; seine Stelle erhält der Abg. Demole. Es heißt, Frankreich wolle eine Anleihe von 1 Milliarde aufnehmen, da seine Finanzen infolge der liederlichen Wirthschaft Ferrys und der Kriege in Ostasien zerrüttet sind.

London. Die friedliche Gestaltung der Lage hält an. Eine friedliche Lösung ist sicher, es wäre denn, daß der Krieg durch eine Fortsetzung der Angriffsbewegungen Komaroff's provocirt würde. Die gestrige Versicherung Gladstones, daß das die Ueberlassung Penschdehs an Rußland meldende Gerücht nicht autorisirt sei, gilt als durchsichtiger Winkelzug.

Berliner Börse. Die Stimmung erfuhr heute weitere Besserung. Auf allen Gebieten war lebhaftes Geschäft und steigende Kurse. Nennenswerthe Schwierigkeiten für bevorstehende Liquidationen scheinen ausgeschlossen. Umfassende private Kaufordres lagen vor. Gegen Schluß trat für Spekulationspapiere und Renten eine kleine Abschwächung ein. Verkehr in leitenden Banken nur mäßig, Kurse aber erheblich besser. Kreditaktien gewannen 5½, Diskontogesellschaft 2¾ und deutsche Bank 1¼ Proz. Von heimischen Bahnen gingen nur Ostpreußen und Marienburger zurück, sonst meist Besserungen. Fremde Bahnen höher. Spekulative Montanwerthe vernachlässigt, aber fest. Fremde Renten durchweg zu wesentlich höheren Kursen lebhaft gefragt. Neueste Russen 3, Orientanleihe 1¾, Ungarn 1¼, Italiener 1 Proz. höher. Auch im Kassaverkehre zogen Kurse beträchtlich an. Dresdner Bank 1¼, sächsische Gußstahl 2, Solbrig 3¾, sächsische Stickmaschine 1 Proz. höher. Deutsche Fonds besser. Oesterreichische Prioritäten prozentweise höher.

Frankfurt a. M., 17. April. Credit 255¼. Staatsbahn 267½. Lombarden 107½. 6er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 211¼. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 78¾. 77er Russen —. 80er Russen —. 3. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanl. —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 193,75. Egypter 63⅞. Serb. 49. —. Türken —. Fest.

Wien, 17. April. Credit 286,50. Staatsbahn 304,70. Lombarden 133,20. Nordwestb. 170,50. Marknoten 61,12½. Ung. Credit 288,80. Fest.

Paris, 17. April. Schluß. Rente 78,37. Anleihe 103,65. Italiener 94,40. Staatsbahn 630,00. Lombarden 286,25. do. Prioritäten —. Egypter 322,00. Oesb. Goldrente —. Spanier 57,56. Ottomanen 552,00. Schwankend.

London, 17. April, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 96⅝. 1873er Russen 87¼. Italiener 92½. Lombarden 11¼. Türken 15½. 4% fund. Amerikaner 124½. 4% Ungar. Goldrente 77. Oesterr. Goldrente 84. Preuß. Consols 102. Egypter 62¾. Ottomanbank 11½. Suez-Actien 78½. — Stimmung: Fest. — Wetter: Schön.

Breslau, 17. April, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. April-Mai 41,50, pr. Juli-August 43,50, pr. August-September 44,50. Weizen pr. April 173,00. Roggen pr. April-Mai 146,00, pr. Juni-Juli 147,50, pr. September-October 151,00. Rüböl loco pr. April-Mai 49,50, pr. Mai-Juni 50,00, Septbr.-October 52,00. Zink unverkauft. — Wetter: Schön.

Stettin, 17. April, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, loco 165—170, pr. April-Mai 170,00, pr. Juni-Juli 174,50, pr. Sept.-October 182,00. Roggen fest, loco 138—141, pr. April-Mai 142,50, pr. Juni-Juli 147,50, pr. September-October 151,50. Rüböl still, pr. April-Mai 48,50, pr. Septbr.-Octbr. 51,70. Spiritus still, loco 41,00, pr. April-Mai 42,50, pr. Juli-Aug. —, pr. August-September 44,50. Petroleum loco 5,10.

London, 17. April. Weizen geschäftslos. Verkäufer würden gern ½ bis 1 Sch. unter Montagspreisen abgeben, angekommener zu Gunsten Käufer. Mehl ½ bis 1 Sch., Gerste, Mais, Hafer ½ Sch. billiger. Weiterer Rückgang erwartet. Wetter schön.

Lokales und Sächsisches.

— Die Königl. Majestäten sind, dem „Dr. J." zu Folge, am Donnerstag Abend zu längerem Aufenthalt in Bellagio am Comersee eingetroffen.

— Bei ihrem Aufenthalt in Berlin haben Ihre kgl. Hoheiten Prinz Georg und Prinz Friedrich August das Panorama in der Herwarthstraße, die Ruhmeshalle, das Panorama am Alexanderplatz und später die National-Galerie und andere Sehenswürdigkeiten in Augenschein genommen.

— Diejenigen fürstlichen Personen, welche das Testament des Herzogs Wilhelm von Braunschweig anfechten wollten, haben von den Erben, Sr. Majestät dem König Albert von Sachsen, und Sr. kgl. Hoh. dem Herzog von Cumberland bedeutende Abfindungssummen erhalten. Infolge dessen tritt jetzt das Testament unangefochten in Rechtskraft.

— Der Generalarzt Professor Dr. Roth ist vom chirurgischen Kongreß aus Berlin zurückgekehrt.

— Aus der vorgestrigen Stadtverordnetensitzung unter Vorsitz des Herrn Vicevorsteher Oswald Matthai, deren Tagesordnung sehr umfänglich war, seien hier, unter Umgehung mehrerer formeller und für die Allgemeinheit unwichtiger Angelegenheiten, die folgenden Mittheilungen gemacht. — Zunächst erzielte eine erheiternde Wirkung ein „schlichter Bürger", wie er sich selbst nennt, mit einer Eingabe, die einen Nachklang zum Badergassendurchbruch bringt. Der Mann ersucht das Kollegium allen Ernstes, dahin zu wirken, daß nicht mehr und nicht weniger als das gesammte bebaute Terrain zwischen der Ostseite des Altmarkts, der Weißegasse, Frohngasse und Badergasse schleunigst niedergerissen werde. So viel aus der verlesenen Eingabe zu entnehmen war, ist als Begründung für diesen Radikalismus nur angegeben, daß dann